

Auf das in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung

22. Jahrgang. No. 11

Münster, East., Donnerstag, den 23. April 1925

Fortlaufende No. 1103

ORA ET LABORA

Bete und Arbeit!

Welt-Rundschau.

Hürde Deutschland bei der Wahl Hindenburgs zum Präsidenten das Vertrauen der Nationen verlieren?

Die Kandidatur des Feldmarschalls Hindenburg gibt zu allerlei Betrachtungen Anlaß. So sagt ein Korrespondent aus Washington in einer deutschen Zeitung der Ver. Staaten: In amtlichen Kreisen Washingtons wird kein Einwand erhoben gegen die Persönlichkeit und den Charakter des greisen Feldmarschalls...

welchen Eindruck es dort machen werde, ob etwas dazu angetan sei, dort das verlorene Vertrauen wieder zu heben oder es noch hoffnungsloser niederzudrücken.

Bei Frankreich wird in der angezogenen Korrespondenz frei zugegeben, daß es sich nicht um ein Gewinnen oder Verlieren von Vertrauen, sondern bloß um einen Vorwand zur Dege handelt, um das bei anderen Nationen wachsende Vertrauen in Deutschland wieder zu zerstören.

Vertrauen oder Mißtrauen gegen Deutschland kommt schließlich immer wieder auf die Frage hinaus, ob Deutschland ehrlich sei oder nicht. Die nächste Frage wäre dann, was die Kriegsgegner Deutschlands in diesem Falle unter Ehrlichkeit verstehen. Wenn man die Worte und Handlungen der Alliierten vor und in und seit dem Kriege sprechen läßt, so kann die verlangte Ehrlichkeit Deutschlands nichts anderes bedeuten, als daß Deutschland sich freiwillig und aufrichtig in die Armenfünder-Rolle finde, die man ihm zugeteilt hat; daß es sich ernstlich bemühe, sich zu überzeugen, es sei wirklich an allem Anheile schuld und verdiene darum alles, was die Alliierten in ihrem erhabenen Gerechtigkeitsfimmel über Deutschland verhängt haben; ja, daß Deutschland es noch für eine große Gnade betrachte, wenn man es überhaupt leben lasse.

Soll nun das Vertrauen oder Mißtrauen der Nationen hinsichtlich Deutschlands Ehrlichkeit wirklich oder, mit einem anderen Worte, selbst ehrlich sein, so müssen auch sie überzeugt sein von Deutschlands über großer Schuld: daß Deutschland nämlich von langer Hand die Welt herrschaft anstrebe, daß es zu diesem Zwecke und nicht zur Selbstverteidigung rüfete, daß es absichtlich den Krieg gegen eine friedliebende Welt entfachte, daß es sich zur Zeit seiner Siege die unumschriebenen Grausamkeiten zuschulden kommen ließ und überall, wo es die Gewalt hatte, wie die Dänen hauste usw.; mit einem Worte, daß der „Vertrag“ von Versailles und die Kriegspropaganda ein genaues Bild von Deutschland zeichnen.

Wie steht es nun mit der Ehrlichkeit der Nationen? Sind sie wirklich ehrlich in dieser Ueberzeugung, welche die praktische Grundlage ihrer ganzen Handlungsweise gegen Deutschland seit dem Waffenstillstande ist? Hier handelt es sich natürlich bloß um die Wissenden, in deren Händen die Schicksale der Völker liegen, nicht um die Trägen Volksmassen, die weder willens noch imstande sind, selbständig zu denken und sich so eine vernünftige Ueberzeugung zu bilden. Wie steht es also mit der Ehrlichkeit der Wissenden? Die Sorgfalt, mit der sie ihre Archive geschlossen halten, gibt auf diese Frage allein schon die genügende Antwort. Sie wissen genau, daß Deutschland mit seinen gewaltigen Rüstungen vor dem Kriege keine Eroberungen, sondern nur Selbstschutz beabsichtigte, weil es eben einennklar war, daß es von Feinden umringt war. Sie wissen, daß Deutschlands Wohlstand und Erfolg in Industrie und Handel den Reichtum und die Eiferlust seiner Nachbarn herausgefordert und diese zu dem ge-

meinsamen Entschlusse vereinigt hatten, dieses Volk zu überbauen und zu vernichten. Sie wissen also, daß nicht Deutschland, sondern dessen Feinde den Krieg geplant und in Szene gesetzt haben. Sie wissen auch, daß die Disziplin im deutschen Heere musterhaft war, daß Deutschland den Krieg wenigstens in ebenso humaner Weise führte wie irgend einer seiner vielen Gegner, daß also die gruseligsten Geschichten über deutsche Grausamkeiten pure Erfindungen der Kriegspropaganda waren. Somit wissen sie auch, daß das mit Gewalt erzwungene Geständnis Deutschlands von seiner eigenen und alleinigen Schuld an den Kriegen eine Lüge und das ganze auf diese Lüge gebaute Strafverfahren gegen Deutschland eine himmelschreiende Ungerechtigkeits ist. Sie wissen, daß die Annexion deutscher Kolonien und deutscher Provinzen, die Wegnahme von deutschem Hab und Gut, die unter dem Namen von Reparationen fortgesetzt werden soll, bis Deutschland zu einem wahren Bettelvolk geworden ist, in Wirklichkeit nichts als Raub sind.

Dieses und noch viel mehr wissen die Wissenden der Nationen. Wie steht es also mit der Ehrlichkeit ihres Vertrauens oder Mißtrauens gegen Deutschland? Es handelt sich gar nicht um Vertrauen oder Mißtrauen. Ihr Vertrauen in Deutschlands Ehrlichkeit hatten sie niemals verloren, daran hinderte sie ihr eigenes besseres Wissen. Wenn sie vorgaben und noch vorgeben, Deutschland zu mißtrauen, so ist das die reinste Heuchelei. Was sie Mißtrauen nennen, drückt bloß Furcht und Zweifel aus, ob Deutschland ohne Murren und Widerrede das auferlegte Joch tragen will, ob es aufrichtig gewillt ist, all seine körperlichen und geistigen Fähigkeiten bis zur äußersten Ausbeutung in den Dienst seiner Gegner zu stellen.

Es ist wahrhaft böchste Zeit, daß wenigstens deutsche Blätter es unterlassen, von dem Vertrauen oder Mißtrauen der Nationen gegen Deutschland zu sprechen. Diesem Gedanken liegt die Unwahrheit von der Kriegsschuld Deutschlands zugrunde. Wer also auf diesen Gedanken eingeht, stimmt dieser Unwahrheit bei. Soll Deutschland je seine Freiheit wieder gewinnen, so muß es auf dem Wege der Wahrheit geschehen. Damit sei jedoch nicht gesagt, daß Deutschland alle Regeln der Klugheit außer acht lassen soll. Auch das ungeschickteste Opfer muß manche Regeln der Klugheit beobachten, um seinen Feindern nicht unnötigerweise auf Kosten der Klugheit darzulegen, auf welchen der Wahrheit geübt werden, sonst hört sie auf, wahre Klugheit zu sein. Wahrheit und Klugheit müssen Hand in Hand gehen, sie können sich nicht widersprechen.

Die neue französische Regierung.

Trotz seiner vielfachen Erfahrung in Bildung von Kabinetten und in der Verwaltung des Premier-Antes - Briand war schon siebenmal Premier gewesen, was gewiß noch keinen anderen Sterblichen passiert ist - gelang es dem Mr. Briand dieses Mal nicht, eine genügende Anzahl vorpostenden Persönlichkeiten zu finden, die gemeinsam mit ihm an dem verfahrenen französischen Staatsmanagen ziehen konnten und wollten. Die Sozialisten, ohne die sich gegenwärtig Frankreich nicht regieren läßt, gaben Briand einen Stoß, er ist nicht nach ihrem Geschmack. Nachdem Briand den Präsidenten Doumergue definitiv benachrichtigt hatte, daß ihm die Aufgabe der Kabinettsbildung mißlungen sei, griff dieser wieder auf den Kammerpräsidenten Painlevé zurück.

Und da die sozialistische Partei beschloß, ihm nicht zu opponieren, nahm er das Anerbieten an. Mit großer Mühe gelang es ihm auch, ein Kabinett, und zwar ein aus den verschiedenartigsten Elementen zusammengesetztes, zu formieren. Und nicht bloß das, es soll ihm zugleich gelungen sein, mit denselben ein Einvernehmen über ein Regierungsprogramm zu erzielen. Vedremo - wir wollen sehen - sagt der Italiener. Die bedeutendsten Namen in dem neuen Kabinett sind die von Joseph Caillaux und Aristide Briand, der erste Finanzminister, der zweite Minister für auswärtige Angelegenheiten. Caillaux gilt schon seit langem als der fähigste Finanzmann Frankreichs, er ist vielleicht der fähigste Staatsmann seines Landes. Er wird, obgleich nicht Premier, in der gegenwärtigen Regierung die erste Geige spielen - solange das Konzert dauert. Caillaux war Premier unmittelbar vor dem Kriege und arbeitete aufrichtig auf Abwendung des Krieges hin. Deshalb wurde er von Poincaré gestürzt. Später wurde er wegen angeblicher Verbindungen mit dem Feinde des Väterlandes angeklagt und verurteilt. Erst vor einigen Monaten wurde er durch Parlamentsbeschluß begnadigt und ihm die Rückkehr nach Frankreich erlaubt. Da Painlevé gerade Caillaux, der vielen noch als Verräter des Vaterlandes gilt, als Finanzminister haben wollte, hatte er große Schwierigkeiten, das Kabinett zusammenzubringen. Doch es ihm trotzdem gelang, daß er sogar Briand bewog, einzutreten und statt der ersten die dritte Geige zu spielen, das zeigt, daß - der Teufel in der Not fliegen läßt. - Nun wollen wir warten und sehen, was die neue Regierung zustande bringen wird. Es wird gesagt, daß sie Perriots kirchenfeindliche Politik rückgängig zu machen beabsichtigt. Durch Caillaux' Einfluß mag Frankreich auch Deutschland gegenüber eine verständlichere Haltung einnehmen. Als ihre Hauptaufgabe aber wird sie die Sanierung der Finanzen betrachten. Es steht ihr eine riesige Arbeit bevor. Dabei steht ihr die noch notwendigen Schritte einer Legion von Feinden entgegen. Der gefährlichste derselben ist und bleibt Poincaré, der diese Regierung ebenso bitter bekämpfen wird, wie die vorhergehende und wie jede, deren Haupt nicht Poincaré ist.

Kommt die Revolution in Bulgarien? Der russische Kommunismus entfaltet gegenwärtig seine rührigste Tätigkeit auf dem Balkan. Die Kämpfe in Verbindung mit dem verbündeten Frankreich vom Balkan aus im Jahre 1914 Europa in Brand setzte, so ludt es in der Gegenwart abermals von diesem unruhigen Weltwinkel aus ganz Europa einzuzüchten, diesmal im Interesse der Weltrevolution. Denn Rußland hat nichts Geringeres als die Weltrevolution nach russischem Muster auf seine Fahne geschrieben. - Am 15. April entging König Boris von Bulgarien mit sanfter Not dem Tode. Er befand sich mit mehreren Begleitern in einem Auto auf dem Rückwege nach der Hauptstadt Sofia, als bei der Durchfahrt durch einen engen Weg Schiffe aus einem Hinterhalt gegen das Automobil abgefeuert wurden. Zwei seiner Begleiter wurden getötet, der Lenker wurde schwer verwundet, der König selbst erhielt einen Streifschuss im Gesichte. Boris übernahm sofort die Lenkung des Wagens und wollte umwenden, was aber nicht gelang. Dann verließen er und seine Begleiter das Auto und erwiderten das Feuer auf die sechs Angreifer, welche die Flucht ergriffen.

Degenerierte Justiz in den Ver. Staaten.

Die Anklage gegen Albert B. Hall, den früheren Sekretär des Innern, und gegen die Delmagagnen Harry J. Sinclair, Edward L. Doheny und seinen Sohn Edward L. Doheny junior wurden im Obergericht des Districts Columbia niedergeschlagen, weil Oliver E. Hogan, ein Assistent des Generalanwalts, in dem Zimmer der Großgeschworenen war, als über die Anklagen beraten wurde. So wurde aus Washington gemeldet. Der Grund für die Niederlage mag dem Laien nicht ganz verständlich sein.

Die Verteidigung stellte sich in diesem Falle auf den Standpunkt, daß der Generalanwalt oder seine Assistenten kein Recht mehr hätten, vor den Großgeschworenen zu erscheinen, nachdem der Senat beschloffen hatte, die Vertretung der Anklage aus den Händen des Generalanwalts zu nehmen und einem Sonderanwaltschaft zu übertragen. Die Großgeschworenen erhoben die Anklagen; sie wurden jetzt von Oberrichter McCone niedergeschlagen, weil Herr Hogan bei der Beratung der Großgeschworenen zugegen war.

Wahrscheinlich mag das richtig sein, und es liegt kein Grund vor, Richter McCone wegen seiner Entscheidung zu kritisieren. Trotzdem wurde sie in weiten Kreisen des Volkes mit hartem Mißtrauen und heftiger Entrüstung aufgenommen. Wenn die Anklagen, die das Volk um Millionen bequamer wälzen, wenn ein Mitglied des Kabinetts, das vor aller Welt als Gräber entlarvt wurde, nicht in Anklagezustand verlegt werden kann, weil Herr Hogan im Zimmer der Großgeschworenen war, so ist das ein Stoß auf Recht und Gerechtigkeit.

Diese vier Männer wurden noch nicht im Gericht schuldig gesprochen, und unter normalen Verhältnissen wäre es nicht mehr als recht und billig, sie als schuldig zu betrachten. Aber so liegt der Fall diesmal nicht. Die Schuld dieser Männer wurde im Unterhauskomitee des Senats

unzweifelhaft festgestellt. Dem Empfinden jedes ehrlichen Menschen entsprechend gehört dieses laubere Quartett ins Gefängnis. Aber es kann nicht einmal festgestellt werden, weil Herr Hogan im Zimmer der Großgeschworenen war. Wie aus Washington gemeldet wurde, will die Regierung gegen die Entscheidung des Richters McCone appellieren. Aber der Appell Erfolg haben wird, erscheint höchst zweifelhaft. Denn es ist möglich, daß die Straftat in diesen Tagen bereits verjährt. Fall 2; aber tritt die Verjährung in diesem Falle auch erst in drei Jahren ein. Das sind Rechtsfragen, über die die Gelehrten sich nicht einig sind. Das eine aber steht fest: Der Fall ist jetzt bereits in einer letzten Phase der Verjährung eingetretten, daß die Verurteilung der Angeklagten nahezu unmöglich erscheint.

So etwas mag einem Kaufmann und einem Rechtsanwalt vorkommen, für Leute, die sich ihr normales Rechtsgemüß bewahren, sind derartige Verhältnisse widerlich und deprimierend. Sie sind geeignet, das Volk zu entmenschen, Vertrauen des Volkes auf unsere Gerichte vollends zu vernichten. Denn das Volk hat für solche Dinge kein Verständnis. Es kann die Begründung, die das Obergericht für die Niederlage der Anklagen anführt, nicht begreifen. Das Volk will, daß hier vier Bösewichter, deren Schuld in öffentlicher Verhandlung längst über allen Zweifel hinweg ist, wegen einer ganz unbedeutenden Technikalität, die nur zum Zweck ist, gar nichts zu tun zu lassen, nicht verurteilt werden können.

Das zeigt, daß ein Volk, das sich gegenwärtig in einer solchen Verfallung befindet, die Gerichte nicht mehr als Richter anerkennen kann. Das ist ein Zustand, in dem die Rechte zu einer reinen Fiktion werden.

Aur nämlichen Tage wurde General Gorceff, einer der Führer der Bewegung, die in 1923 das Ministerium Zimnitschki stürzte, in den Straßen von Sofia erschossen. Nach dem der Leichenfeier in der Kathedrale von Sveti Seral, an der sich eine große Menschenmenge, vor allem aus den höheren Ständen und dem Militär, beteiligte, explodierte eine Bombe, welche angeblich 140 Personen und verwundete eine beträchtliche Anzahl. Unter den Toten befanden sich 6 Generale, 39 Offiziere, der Bürgermeister, 5 Mitglieder des Parlamentes, der Polizeichef, der ehemalige Kriegsminister Radonoff, mehrere hervorragende Bürger, sowie auch 20 Frauen und 10 Kinder. Am 18. April war die Zahl der Toten bereits auf 160 gestiegen, und noch viele der Verwundeten wurden als dem sicheren Tode verfallen gemeldet. Am 17. April wurde der Direktor des Zentralarchivs in Sofia auf offener Straße erschossen. Am 16. April nachts und früh am nächsten Morgen herrschte sowohl in Sofia als auch den Provinzen Grabesruhe. Bürger bilden Patrouillen, um unter der Leitung des Kriegsministers die Ordnung aufrechtzuerhalten. In ganz Bulgarien wurde das Ständrecht proklamiert. Am 18. April wurden aus verschiedenen Gegenden

starke Kompanie zentraler russischer Truppen und Keschtschen in Sofia bulgarischen Soldaten von Sofia lassen die Kommunisten einmündig vorgerufen haben, um die Befreiung von Sofia und Rumänien zu ermöglichen. Die Keschtschen sollen Truppen in ihrer Gewalt haben und müssen die Straße zur Einschließung von Sofia besetzen. In der Gegend, wo Bulgarien an Griechenland und Jugoslawien grenzt, ereigneten sich Zusammenstöße zwischen Keschtschen und mazedonischen Freischieren. Zwischen Sofia und Belgrad, daß König Boris die Absicht habe, das Land zu verlassen, falls die fremden Partigruppen nicht sofort zum Frieden schließen, um der gemäßigten Seite die Initiative zu lassen. Am 18. April wurde die Regierung hat jedoch immer revolutionäre Ausschreitungen abgelehnt. Außerdem enthält u über die Kommunisten die eifrigste Tätigkeit. Das seit 1912 so hart beengte Bulgarien scheint also wirklich am Vorabend einer Revolution, vielleicht sogar einer kommunistischen (Fortsetzung auf Seite 4.)